

Nothaushalt



Seite 3

Jugendhilfe



Seite 5

Schulnetzplan



Seite 8

Aus BVV und Ausschüssen

BVV schließt Schulen

Pasteur-
Gymnasium



Auf ihrer 18. Tagung am 12. November 2003 beriet die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) über den Antrag zur Schulentwick-

lungsplanung im Bereich Oberschulen. Dieser beinhaltet die Neuorganisation des Oberschulnetzes durch die Zusammenlegung mehrerer Gymnasien sowie die Entscheidung, in mehreren Schulen keine siebten Klassen ab dem Schuljahr 2004/2005 einzurichten.

In der Debatte begrüßten die Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag und die in ihm geforderte „maßvolle“ Reduzierung der Gymnasialstandorte von elf auf acht sowie den geplanten Abbau von siebten Klassen, der dem Rückgang der Schülerzahlen in den kommenden vier Schuljahren entspräche. Um auch zukünftig ein ausgewogenes Oberschulangebot sicherzustellen und dem Wiederanstieg der Schülerzahlen ab 2007 gerecht zu werden, forderte die PDS in einem Änderungsantrag, die Anmeldung für die siebten Klassen an allen Schulstandorten weiterhin zu ermöglichen und die Diskussion über die Fortentwicklung des Pankower Schulnetzes im Ober-

schulbereich weiterzuführen. Diese Diskussion soll u.a. im Rahmen der geforderten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEP) stattfinden. Als bezirkliches Planungsinstrument soll der SEP dabei nicht den derzeitigen Ist-Zustand aufzeigen, sondern die Perspektiven der zukünftigen Schulentwicklung. Denn nur so kann in einem transparenten und demokratischen Prozess über mögliche Fusions- und Kooperationsmodelle diskutiert werden.

Von der Elternsprecherin der Pasteur-Oberschule wurden BVV und Bezirksamt aufgefordert, den betroffenen Lehrern, Schülern und Eltern bei ihren Forderungen nach einem transparenten und toleranten Diskussionsprozess gegenüber dem Senat zur Seite zu stehen und den Erhalt der siebten Klassen, und damit das Schulprofil der von Fusion und Aufhebung betroffenen Schulstandorte, zu sichern.

Katja Schmitt
Bezirksverordnete

Aktionsplan gegen Rechts



Als am 24. November der „Lokale Aktionsplan Pankow – Für Demokratie und Toleranz, Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vor den Bezirksverordneten und der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hätte der Saal der Bezirksverordnetenversammlung sicherlich voller sein können. Immerhin sollte es zunächst nur ein Anfang sein, wie es Vorsteher Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) und Bürgermeister Kleinert (PDS) zu Beginn betonten.

Der Plan wurde auf Initiative der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Auftrag gegeben und vom Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) erstellt. Das Ziel ist eine Analyse der bezirklichen Situation und darauf aufbauend die Entwicklung von konkreten Ansätzen für

demokratiefördernde Handlungsstrategien. Die Zusammenfassung präsentierte das ZDK in Bezug auf Herangehensweise, Lageanalysen und Schlussfolgerungen des Plans gemeinsam mit der bezirklichen Netzwerkstelle Moskito. Strategische Vertiefungen wurden auf die Bereiche Sport, kulturelle Öffnung der Verwaltung sowie Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im öffentlichen Raum konzentriert. In diesen Feldern, so der Vorschlag, sollen zukünftige Arbeitsschwerpunkte liegen.

Die Rangfolge rechtsextrem motivierter Straftaten, in der Pankow an vierter Stelle liegt, vermittelt nur sehr vage, wie rechtsextreme Kultur und Handlungen im Bezirk verankert sind. Dass zu politischen Gegenmaßnahmen noch viel offen ist, zeigte die Diskussion im An-

schluss an die Vorstellung. Der CDU fehlte, trotz Interesses an Einzelmaßnahmen, die Analyse des Linksextremismus. Andere, darunter auch Vertreter der PDS, mahnnten Engagement des Bezirks bei der Unterstützung von Bürgerinitiativen an. Jetzt ist gefragt, dass die Bezirksvertreter einen Prozess der Umsetzung in Gang bringen. Dafür werden sie aber mehr Konsequenz brauchen, als es die gegenwärtige Jugendhilfedebatte von einigen offenbart. Dort wird gerade ein Jugendzentrum mit offensiv demokratischem Anspruch zur Streichung gehandelt.

Aber immerhin: Es war ja erst der Anfang! Der Aktionsplan ist übrigens im Büro der Bezirksverordnetenversammlung erhältlich.

Klaus Lederer
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Haushalt verfassungswidrig

Soziale Balance erhalten

Ende Oktober erklärte das Verfassungsgericht den Haushalt 2002/03 für verfassungswidrig. Die Opposition aus CDU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen beantragte daraufhin den Entzug des Vertrauens gegenüber dem Bürgermeister und dem Finanzsenator. extraDrei dokumentiert in Auszügen die Rede des PDS-Fraktionschefs Stefan Liebich im Abgeordnetenhaus:

Wenn einem Parlament gesagt wird, dass es sich nicht im Rahmen der Verfassung bewegt hat, ist dies sehr ernst zu nehmen. Hierfür trägt niemand anderes als SPD und PDS die Verantwortung. Wir werden in den laufenden Haushaltsberatungen alles dafür tun, dass so ein Vorwurf nicht wieder erhoben werden kann. Diese Koalition ist die erste seit dem Mauerfall, die die Haushaltsnotlage Berlins beenden will. Es gelten dabei drei Prämissen: SPD und PDS werden die soziale Balance der Stadt nicht gefährden. Wir haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn Bund und Länder Berlin helfen. Die Zukunftsfaktoren Wissenschaft, Bildung und Kultur müssen Bestand haben.

Die Steffel-Lindner-Klotz-Koalition hat geklagt, weil sie glaubte, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gar nicht gestört ist und Berlin seine Ausgaben nicht in so hohem Maße aus Krediten hätte finanzieren dürfen. Dies sieht das Verfassungsgericht anders. Moniert wird, dass im Haushalt 2002/03 nicht dargelegt wurde, wie wir der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegenwirken.

Das Verfassungsgericht ist noch weiter gegangen, als es Frau Klotz, Herr Lindner und Herr Steffel überhaupt beantragt hatten. Die Kreditobergrenze kann künftig überschritten werden, wenn sich das Land in einer Haushaltsnotlage befindet. Der Senat hat diese Notlage erklärt und ist nach Karlsruhe gegangen.

Das Gericht bestärkt uns in diesem Weg und verlangt hierfür ein Sanierungsprogramm. Wir wollen im Jahr 2007 erreicht haben, dass die laufenden Ausgaben aus den

Einnahmen finanziert werden und wir durch eine Entschuldung die Zinslasten reduzieren. Wir haben mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen Tarifvertrag errungen, der Arbeitsplatzsicherheit bietet, einen Einstellungskorridor ermöglicht und trotzdem Personalausgaben entlastet. Wir wagen uns auch in eine Auseinandersetzung mit den ganz Großen. Der Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung, die den Namen sozial nicht verdient, hätte die CDU doch nie gewagt und die SPD von allein wohl auch nicht!

Wir gehen an alle Ausgabenbereiche des Landeshaushaltes heran, unter Beachtung der sozial Schwachen, die wir bei Belastungen – so weit es geht – ausnehmen.

Unser Sanierungsplan ist eine gute Grundlage für die Klage Berlins in Karlsruhe. Auch wenn er künftig einem besonderen Begründungszwang unterliegt. Ich finde, es lässt sich gut begründen, warum Berlin höhere Sozialhilfeausgaben hat als Neuruppin. Das Leben hier kostet mehr und die Verfassung verlangt soziale Sicherung. Ich finde, unser ausgezeichnetes Angebot in der Betreuung von Kindern ist durch unsere Landesverfassung geboten, um Frauen und Männern zu ermöglichen, Kindererziehung mit der Erwerbstätigkeit zu vereinbaren.

Nun steht es jeder Opposition der Welt frei, erneut vor Gerichte zu ziehen. Aber Sie werden verstehen, dass wir konkret wissen wollen, was Sie dort in Frage stellen wollen. Ob Sie z.B. meinen, dass die Sozialhilfe auf Brandenburger Niveau abgesenkt werden soll. Wir wollen wissen, ob Sie finden, dass das Kitaangebot reduziert werden soll?

Was ist denn nun der Plan der Steffel-Lindner-Klotz-Koalition? Gilt Herr Hoffmann (CDU), der die Weihnachtsgelder für die Beamten erhöhen wollte oder Herr Lindner (FDP), der den öffentlichen Dienst mit der Kettensäge verkleinern möchte oder Herr Schruoffenegger



(Grüne), der bei den Beamten mehr soziale Differenzierung wünscht und bei denen im Ruhestand dafür gleich alles streicht? Sollen wir alle öffentlichen Beteiligungen verkaufen, wie es Herr Ratzmann und Herr Lindner wollen oder sollen wir die Finger davon lassen, wie es sich die CDU und der grüne Landesvorstand wünschen? Oder, oder, oder.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Wort zu Ihren Misstrauensanträgen. Mich erschüttert, mit welcher Leichtigkeit Sie diese an den Lebensnerv Berlins gehende Debatte führen. Da rührt die Steffel-Lindner-Klotz-Koalition einen Brei aus allem möglichen Zeug zusammen, was sie schon immer mal sagen wollten und schreibt „Misstrauensantrag“ drüber. Ich halte jedoch die Situation Berlins nach dem Urteil, das Sie herbeigeführt haben, für bitterernst.

Was würden Sie eigentlich tun, wenn diese Koalition jetzt ihr Ende besiegeln würde? Dann würde Ihre Steffel-Lindner-Klotz-Koalition würde sich als das zu erkennen geben, was sie ist – eine politische Seifenblase, die sehr schnell zerplatzt. Die Berliner müssen sich darum keine Sorgen machen. SPD und PDS sind in der Lage, ihren Fehler bei der Haushaltsaufstellung 2002/2003 einzuräumen und ihn künftig nicht zu wiederholen. Wir werden an unserem Weg zur Zurückgewinnung der Handlungsfähigkeit für die Stadt fortsetzen.

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts

Sanierung statt Kahlschlag

Die Berliner Opposition hat ein Urteil des Verfassungsgerichts bewirkt, das große Sorgen und Verunsicherung ausgelöst hat. Viele befürchten, dass Berlin nun noch stärker kürzen muss und ein richterlich verfügter Kahlschlag in der Stadt droht. Worum geht es eigentlich?

Die Richter beziehen sich in ihrem Urteil insbesondere auf die Verfassungsbestimmung, dass Kredite nur in der Höhe aufgenommen werden dürfen, in der auch Investitionen getätigt werden. Hiermit soll

sätzliche Kredite aufgenommen werden dürfen, um dieser Krise begegnen zu können.

Der Umgang mit dieser Ausnahme ist in Berlin fast schon zum Normalzustand geworden. Kein einziger Berliner Landeshaushalt seit 1993 bewegte sich im engeren Sinne im Rahmen der regulären Verfassungsbestimmungen. Dies liegt auch daran, dass Berlin als Haushaltsnotlageland nicht mehr die Kraft hat, sich selbst aus der Krise zu befreien, sondern hierfür auf Hilfe von außen angewiesen ist. Dies sehen auch die Berliner Verfassungsrichter so und haben deshalb in einer sehr weitgehenden Verfassungskonformität festgestellt, dass die Überschreitung der Kreditobergrenze auch in einer „extremen Haushaltsnotlage“ möglich ist. In diesem Fall allerdings muss ein Gesetzgeber im Einzelnen nachweisen, dass die Ausgaben, die er tätigen will, tatsächlich zwingend sind, um bundes- oder landesverfassungsrechtliche Vorgaben zu erfüllen.

Aus dem Urteil folgt vor diesem Hintergrund nicht notwendigerweise, dass Berlin noch mehr einsparen muss als bisher. Gefordert sind vielmehr plausible Begründungen für die finanzpolitische Strategie des Senats und die einzelnen Ausgaben. Hier ist die Koalition mittlerweile wesentlich weiter als noch vor einem Jahr. Viele Unklarheiten in der Haushaltspolitik, die beim letzten Haushalt noch bestanden, sind mittlerweile ausgeräumt. Berlin hat inzwischen erklärt, dass es sich in einer extremen Notlage befindet und klagt deshalb in Karlsruhe auf Hilfen des Bundes und der anderen Länder. Voraussetzung einer erfolgreichen Klage ist die Vorlage eines Sanierungs- und Maßnahmenprogramms – auch dies ist geschehen. Insgesamt hat die Koalition in viel höherem Maße als zu Beginn der Legislaturperiode erklärt, welche Einsparungen in verschiedenen Bereichen möglich

sind und welche Berlin nicht zugemutet werden können. Deshalb sind die Chancen, mit dem neuen Haushalt eine weitere richterliche Prüfung zu bestehen jetzt wesentlich besser als beim letzten Gang der Opposition vor das Verfassungsgericht. Es ist allerdings klug, den Haushaltsentwurf 2004/2005 nochmals vorsorglich zu prüfen und verfassungskonforme Begründungszusammenhänge zu entwickeln.

Politisch muss die Berliner PDS zur notwendigen Sanierung der Landesfinanzen stehen. Die bisher verabredeten Sparmassnahmen sind notwendig. Jetzt weniger zu sparen, hieße nicht nur, künftige politische Gestaltungsspielräume für die Landesregierung durch immer mehr Schulden zu verengen. Es hieße, sich vielmehr einer realistischen Chance zu berauben, generell die öffentlichen Finanzen vom Kopf auf die Füße zu stellen und diese Gesellschaft sozial gerechter auszugestalten. Womit schließlich auch die Möglichkeit verloren ginge, die jetzigen, von der PDS mitgetragenen und für viele Berliner schmerzhaften Belastungen, irgendwann wieder zurücknehmen zu können.

Es ist Existenzbedingung dieses Landes, Erfolg in Karlsruhe zu haben. Dies wird nur gelingen, wenn Berlin hierfür vernünftige Eigenanstrengungen bringt und deshalb müssen wir auch bereit sein, den Berlinern unvermeidliche Einschnitte abzuverlangen. Klar ist aber auch: Eine Kahlschlagspolitik folgt aus diesem Urteil nicht. Wenn die Opposition eine Verschlechterung des Kita-Angebots oder noch tiefere Einschnitte im Wissenschaftsbereich will, soll sie dies den Berlinern sagen oder erneut vor das Verfassungsgericht ziehen. Die Berliner PDS hält eine grundlegende Verschärfung des Konsolidierungskurses weder für notwendig, noch trägt sie diese politisch mit.

Carl Wechselberg

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Carl Wechselberg
ist haushaltspolitischer Sprecher der PDS
im Abgeordnetenhaus von Berlin

verhindert werden, dass Belastungen der Gegenwart in die Zukunft verschoben werden. Will ein Gesetzgeber diese Grenze überschreiten, muss sich das Land in einer besonderen Notsituation befinden. Die Verfassung sieht dafür die Ausnahmebestimmung vor, dass bei einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ zu-

Aus dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Förderung freier Träger beschlossen

Der Haushalt war kaum durch die Bezirksverordnetenversammlung im Oktober beschlossen, da machte sich der Kinder- und Jugendhilfeausschuss (KJHA) an seine Arbeit. Die Förderung Freier Träger musste debattiert und bis zum Dezember beschlossen werden.

Ende Oktober wurde der Unterausschuss Haushaltsplanerarbeitung des KJHA beauftragt, auf der Basis des Vorschlages des Jugendamtes eine Förderempfehlung für die Jahre 2004/2005 zu erarbeiten. Grundlage für die Empfehlungen des Jugendamtes waren die durch den KJHA im August beschlossenen Kriterien zur Förderung freier Träger der Kinder- und Jugendsozialarbeit. Um zu einer transparenten Entscheidung über die zu fördernden Projekte zu kommen, absolvierte der Unterausschuss einen Sitzungsmarathon in nur fünf Wochen und Besuche bei jedem Antragsteller.

Seit Mitte November lag nun eine Förderempfehlung vor. Dieses Ergebnis war für die PDS nicht tragbar. Der Unterausschuss hatte die im KJHA beschlossenen Förderkriterien unzureichend beachtet. Sozialräumliche Kriterien spielten nur eine untergeordnete Rolle. Trotz der erfolgten Projektbesuche traf der Unterausschuss nur ungenügende fachliche Abwägungen in der Förderempfehlung. Es war ihm nicht gelungen, eine nachvollziehbare und nach außen vertretbare Entscheidung zu treffen. Wir meinten jedoch, dass eine Zweijahres-Förderung fundiert und strukturell nachvollziehbar getroffen werden muss.

In der Debatte schien es zwischenzeitlich nicht möglich, von parteipolitischen Interessen abzurücken und eine gemeinsame Förderempfehlung zu erarbeiten. Insbesondere den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU, die in der BVV noch gegen die finanzielle Verstärkung der freien Träger stimmten, war wenig daran gelegen,

nach inhaltlichen und fachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden, wie das wenige Geld verteilt werden soll.

Deswegen legte die PDS-Fraktion dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss eine eigene Förderempfehlung vor. Unser Ziel war und ist der Erhalt einer Grundsicherung an Platzangeboten für Kinder und Jugendliche in Freizeiteinrichtungen in allen Planungsräumen. Die zunehmend schwieriger werdenden Lebenssituationen stellen Kinder- und Jugendeinrichtungen künftig vor noch größere Herausforderungen. Da Freizeiteinrichtungen zukünftig noch mehr Austragungsort für die diversen gesellschaftlichen Probleme sein werden, muss der Erhalt und die Entwicklung von Angeboten immer in diesem Kontext gesehen und gestaltet werden.

Ehrlicherweise bleibt zu ergänzen, dass auch der PDS-Vorschlag keine Möglichkeit aufzeigt, wie auf Schließung von Einrichtungen verzichtet werden kann. Bei einem Defizit von rund 600.000 Euro in diesem Bereich war.

Anfang Dezember hat nun der Jugendhilfeausschuss die Förderung Freier Träger für die Jahre 2004/05 beschlossen. Sie trägt die klare Handschrift der Fraktion der PDS. Zwar ist der gefaßte Beschluß ein Kompromiß aller Beteiligten, der jedoch nur durch das harte Ringen der PDS zu einem klaren Gegenentwurf zu den Vorstellungen der Verwaltung werden konnte.

Bereits die Erhöhung des ursprünglichen Haushaltsansatzes um 200.000 in 2004 und um 330.000 im Jahr 2005 für die Förderung der Projekte Freier Träger ist Ergebnis einer klaren PDS-Forderung in den Haushaltsberatungen. Ebenso wird es erstmalig eine Förderentscheidung für zwei Jahre geben, die Planungssicherheit für die Projekte schafft. Mit der beschlossenen Förderempfehlung konnten bereits vorgeschlagene Schließungen auf-

gehalten werden. Der vom Unterausschuss Haushalt des Jugendhilfeausschusses vorgeschlagene Konsolidierungsabschlag, der sich gleichermaßen über alle Projekte erstrecken sollte, konnte gänzlich rückgängig gemacht werden. Ebenso ist es dem Agieren der PDS zu verdanken, daß sich gegenüber dem Ursprungsvorschlag einzelne Förderempfehlungen positiv veränderten. So ist sichergestellt, daß eine stabile Grundsubstanz an Kinder- und Jugendeinrichtungen in den kommenden zwei Jahren erhalten bleibt.

Trotz allem fanden jedoch nicht alle Vorschläge der PDS Berücksichtigung. Es gelang nicht, die teilweise ungenierte Klientelpolitik anderer Fraktionen wirksam zu verhindern. Schwerviegender ist aber, daß die zur Verfügung stehenden Mittel von vorn herein nicht ausreichten, um die gestellten Anträge adäquat zu berücksichtigen. Für die PDS stand am Ende der Debatte jedoch im Vordergrund, daß es überhaupt zu einer Förderentscheidung im Jugendhilfeausschuss kommt. Insbesondere durch das Urteil des Landesverfassungsgerichtes zum Berliner Haushalt ist bisher nicht sichergestellt, daß ab 1. Januar 2004 Zuwendungen auch ausgereicht werden können. Hier sind alle politischen Kräfte aufgefordert, im Sinne der getroffenen Entscheidung die Förderung auch zu sichern.

Sascha Kummer
Bezirksverordneter



„Pankower Früchtchen“

Der BVV nichts Wert?

Der Verein Pankower Früchtchen e.V. wurde 1994 von Eltern in Wilhelmsruh gegründet. Wir wollten die Lücken, die in der staatlichen Finanzierung von Kinder-einrichtungen entstanden waren, durch Sponsoring aufzufangen.

Es ging zunächst vor allem um Verbesserungen im Lebensalltag der Kinder, wie z.B. sichere Schulwege und den Lebensraum Schule-Kita. Schon damals stellen wir den Kontakt zu den Gewerbetreibenden in und um Wilhelmsruh her. Denn das Aufwachsen der Jüngsten findet nicht nur in Kitas, Schule und Elternhaus statt, sondern der gesamte Kiez beeinflusst die Entwicklung unserer Jüngsten.

Seit 1995 findet deshalb jährlich im Juni unser Kinderfest im Zusammenwirken von Verein, Schule, Kita und Gewerbetreibenden statt. Alles dreht sich an diesem Tag um unsere Kinder – Bühnenprogramm, die vielfältigen Angebote an den Ständen von befreundeten Vereinen und Selbständigen sowie eine Tombola, an der sich über 200 Unternehmen mit Spenden beteiligen. Dieses Fest ist längst zu einem Treffpunkt aller Generationen im Kiez geworden.

Seit 1997 bietet der Verein an der 13. Grundschule Kurse und Werkstätten für die Kinder am Nachmit-

tag an. Die Idee, die dahinter steht ist, dass einige Angebote aus der Stundentafel der Kinder gestrichen wurden, die wir deshalb noch lange nicht für entbehrlich halten. So haben wir u.a. folgende Kurse jeweils von Fachkräften geleitet anbieten können: Malen, Theater, Theater-, Holz- und Fahrradwerkstätten, Computerkurse, „handgemacht“, „Natur pur“, Spurensuche, Selbstverteidigung, Inline-Scating. Diese Kurse sind aber mehr als eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, die Ergebnisse dieser Arbeiten werden in die ständige Verbesserung des Lebensraums Schule einbezogen oder wirken in den Kiez hinein wie die Entdeckung der Kiezgeschichte unter Einbeziehung vieler Zeitzeugen.

Seit 2000 bieten wir ein ähnliches Projekt an der Grundschule in Französisch Buchholz an. Ziel beider Projekte ist, Angebote für Kinder zu schaffen, die sie ohne „Transportdienste“ der Eltern wahrnehmen können. Die Mehrzahl unserer Angebote ist für Kinder kostenlos.

Obwohl wir für das Projekt in Wilhelmsruh seit 1997 jährlich eine Förderung durch den Bezirk beantragt haben, wurde uns diese stets verwehrt. Das Projekt in Französisch Buchholz erfährt eine Förde-

rung, die jedoch immer geringer wird. Auch für 2004 scheint die Förderung nicht sicher. Wir haben den Eindruck, dass Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Vielfalt unserer Angebote entweder nicht erfasst haben oder in Konkurrenz zu anderen freien Trägern bewusst ignorieren.

Unser jüngstes Projekt ist der im Oktober 2002 gegründete Kita-Hort in der Wilhelmsruher Grundschule. Damit beschreiten wir Neuland in Berlin: Das ist der erste Hort in freier Trägerschaft an einer Grundschule. Die Resonanz der Eltern ist inzwischen so groß, dass die bewilligten 120 Plätze nicht mehr ausreichen. Dies ist auf das freundliche Hort-Klima, das große Engagement der Erzieherinnen und die neue Symbiose zwischen Hort und den Kursangebote zurückzuführen. Uns sind bereits einige Familien bekannt, die gerade wegen unserer Angebote nach Wilhelmsruh gezogen sind. Kann man sich ein größeres Lob vorstellen?

Lars Klinkmüller
Vorstandsvorsitzender

Der Jugendhilfeausschuss beschloss am 2. Dezember, dass die Pankower Früchtchen in Höhe ihres gestellten Antrages von 9.900 Euro gefördert werden. Wir wünschen den Früchtchen viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Richterlich rechtlos



Mit dem Verfassungsgerichtsurteil zu Halloween wurde Berlin in ein haushaltsrechtliches Neuland umgesiedelt. Doch die Damen und Herren der Opposition im Abgeordnetenhaus brauchen gewiß noch einige Zeit, alle Wirkungen des von ihnen erlangten Richterspruches zu erfahren. Mit dem nunmehr obsoleten Haushaltsgesetz gingen auch jene „Spielregeln“ verloren, nach denen der Hauptausschuß an der Haushaltsdurchführung mitwirkte. Auflagenbeschlüsse, Vorbehalte, Selbstentscheid – ohne ein Haus-

haltsgesetz fehlt dem Hauptausschuß selbst dafür die Rechtsgrundlage, ist der Senat allein verantwortlich. Der Hauptausschuß ist abgemeldet.

Noch etwas „rechtloser“ zeigen sich die Bezirksverwaltungen. Nach allen bisherigen Regeln galt unter den Bedingungen der „vorläufigen Haushaltswirtschaft“ der Rahmen des Vorjahreshaushalts. Doch hat das Gericht den Doppelhaushalt, mithin also auch den Vorjahreshaushalt, für verfassungswidrig erklärt. Es greift so auch diese Regel

nicht. Und ohne Haushalt dürfen nunmal keine neuen Verpflichtungen für das Land Berlin eingegangen werden. Aber in diesen Tagen werden die Bezirksämter dennoch gefordert sein, Freien Trägern von sozialen Angeboten und Dienstleistungen für das kommende Jahr Zuwendungsbescheide zu erteilen, um die darüber finanzierten Leistungen auch 2004 zu erhalten. Dabei gilt es ebenfalls, Schaden vom Land Berlin abzuwenden, verfassungsgemäß, auch ohne Haushalt.

Michael van der Meer

Politik und Theater

Neuntklässler als Verordnete

Eine neunte Klasse des Ossietzky-Gymnasiums übernahm sinnbildlich das Zepter im Saal der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Sie bildeten Fraktionen und waren davon angetan, den Alltag von Verordneten nachzuvollziehen. Wie in der richtigen BVV gab es eine Tagesordnung. Voran stand der Bericht von Bürgermeister Kleinert (PDS), dann folgten Anfragen und Anträge aus den Fraktionen.

Das Planspiel Kommunalpolitik „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“ ist ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es soll Politik für Jugendliche erlebbar machen. Offensichtlich hatten die Schüler Spaß am

Spiel. Ein paar Anlaufschwierigkeiten sorgten für Lockerheit und schnell ging es ernsthaft zur Sache. Verständlich, dass die „echten“ Stadträte vorrangig mit Schulproblemen konfrontiert wurden. Dazu musste Stadträtin Christine Keil (PDS) immer wieder ans Rednerpult. In ihren Äußerungen mussten die Jugendlichen bittere Realitäten zur Kenntnis nehmen. Beispiel: Für die Wiedereröffnung des Schwimmbads Wolfshagener Straße fehlt es dem Bezirk schlicht am nötigen Geld.

Andere Probleme wurden auch diskutiert. Die rechtsextremistischen Umtriebe im Stadtbezirk machen den Schülern Sorgen. So diskutier-

ten sie, wie die „Aktion Noteingang“ noch wirksamer werden kann. Die Hinweise zur Ausweitung auf private Einrichtungen wie Bars und Diskos werden für den Bezirk Anregung für den Lokalen Aktionsplan gegen Rechts sein.

Mancher der Jugendlichen wird enttäuscht gewesen sein, zu erfahren, dass viele Kompetenzen nicht bei den Bezirksverordneten liegen, so z.B. die Finanzhoheit und der Verfassungsschutz. Das müssen die Neuntklässler verarbeiten. Es sollte sie aber nicht davon abhalten, dergleichen wieder zu versuchen.

*Horst Sakrzewski
Renate Tepper*

Ein Hof und seine Bühne

Seit zehn Jahren existiert das Kinder- und Jugendzentrum EliasHof in der Senefelderstraße 6. In die Gebäude der ehemaligen 10. Grundschule und der Eliaskirche sind junge Nutzer mit kulturellen Projekten gezogen, so z.B. „Machmit! Museum für Kinder“, das Medienzentrum „MEZEN“, die Stadtteilbibliothek oder die Musikschule „Leo Spiess“.

Auch Matthias Kubusch, Leiter des Kinder- und Jugendtheaters „Murkelbühne“, hat den Umzug seiner Theatergruppe in den EliasHof im Jahr 2000 nicht bereut. Er und seine jungen Mitstreiter haben den ehemaligen Speisesaal der Schule zur Spielstätte „Neue Bühne“ umgebaut. Der Dramaturg und Regisseur kann auf ein zehnjähriges Bestehen der „Murkelbühne“ verweisen. In dieser Zeit wurden 15 Theaterproduktionen und zehn Videoprojekte verwirklicht, die etwa von 15.000 Besuchern gesehen wurden. 300 Kinder und Jugendliche haben bisher an den Produktionen mitgewirkt. Größter Erfolg war die Teilnahme am Theatertreffen der Jugendtheater. Nur 15 Produktionen wurden aus mehreren hundert Bewerbungen dafür nominiert. Die „Murkelbühne“ lebt von der demokratischen Mitbestimmung der Kinder und Jugendli-

chen. Zusammen mit dem Leiter entscheiden sie über Themen, Spielpläne und die künstlerische Umsetzung. Auch den Betrieb des Theatercafés haben sie in die eigenen Hände genommen. Begeisterung, Spaß und Disziplin sind deshalb keine Fremdworte in dem Ensemble. Die Bühne finanziert sich aus Kursgebühren, Eintrittsgeldern, aus Mitteln des Quartiersfonds Helmholtzplatz und nicht zuletzt aus Spenden. Eine wesentliche Hilfe ist die mietfreie Nutzung der Räume in dem bezirkseigenen Objekt.

Matthias Kubusch ist auch Standortkoordinator für den gesamten EliasHof. Zwar arbeiten alle Institutionen selbstständig und unabhängig unter einem Dach, es gibt aber auch erste Ansätze einer inhaltlichen Kooperation untereinander. Das sei aber noch zu sporadisch, sagt der Koordinator. Ihm schwebt ein Kunst- und Freizeithaus für junge Menschen vor mit einem übergreifenden Konzept. Er setzt sich deshalb für gemeinsame Projekte wie z.B. Feste oder die Betreuung der jungen Besucher während der Ferienzeiten ein. Dadurch könnte der Prozess des Zusammenwachsens im Hof gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit dem Bezirk empfin-



det Matthias Kubusch als sehr kollegial. Er wünscht sich jedoch keine weiteren finanziellen Kürzungen bei den bezirklich geförderten Projekten sowie ein stärkeres organisatorisches Engagement des Bezirkes für den ganzen Hof.

Andreas Bossmann

Schulentwicklungsplanung

Schulschließungen im Galopp



Seit einigen Wochen wird in unserem Bezirk wieder heftig über mögliche Schulschließungen diskutiert. Dieses Mal sind die Oberschulen betroffen. Wie kommt es zu dieser Debatte, die unter anderem mehrere Hundert Schüler zu einer Demo vor der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) motivierte?

Unsere Schulen haben seit Jahren unter sinkenden Schülerzahlen zu leiden. Wir stehen jetzt vor dem Problem, das Oberschulnetz über eine ca. vierjährige Durststrecke zu erhalten und danach ausreichend Kapazität für eine Schülerzahl vorzuhalten, die geringfügig unter der gegenwärtigen liegt. Das Spannungsfeld, in dem wir uns dabei bewegen, wird auf der einen Seite

durch die Gefahr gekennzeichnet, dass bei Nichthandeln kleine Schulen sterben. Auf der anderen Seite führt ein zu rigores Ausdünnen des Netzes zu aufwändigen Neugründungen bei wieder steigenden Schülerzahlen.

Der bezirkliche Schulentwicklungsplan wurde im Frühjahr vom Bezirksamt beschlossen. Er enthält den klaren Hinweis, dass zum Schuljahr 2004/05 Reduzierungen im Oberschulnetz vorzunehmen sind. Dazu erarbeitete das Schulamt ein Papier mit Entscheidungsvorschlägen. Während der Erarbeitung wurde der Arbeitsstand dem Bezirksschulbeirat und dem Schulausschuss zur Kenntnis gegeben. Seine Vorschläge legte das Amt vor den

Herbstferien den Schulleitern vor. Der Zeitplan des Bezirksamtes sah eine Entscheidung über die Nicht-Einrichtung von siebten Klassen an einzelnen Schulen – und damit praktisch die Aufhebung dieser Schulen – bis Ende November vor. Damit blieben nur sieben Wochen Zeit für Beratungen an den Schulen. Für eine Wirksamkeit ab dem Schuljahr 2004/05 lässt sich eine Entscheidung aber nicht weiter hinauschieben. Zur Vorbereitung der Anmeldung wird eine Informationsbroschüre erstellt. Darin muss klar gesagt werden, welche Schule im nächsten Schuljahr überhaupt Schüler aufnimmt.

Thoralf Sahn
Bezirksverordneter

Schul-Fusionitis



Aufgebrachte Schüler und Eltern statteten der Bezirksverordnetenversammlung einen Besuch ab. Gegenstand des Streitpunkts: Am Pasteur-Gymnasium im Prenzlauer Berg und an anderen Schulen sollen keine siebten Klassen mehr eingerichtet werden.

Die Betroffenen vermuten, dass dies der erste Schritt zur Schließung ihrer Schulen ist. Die Schulstadträtin Christine Keil (PDS) weist das von sich. Eine weitergehende Entscheidung über die Perspektive der Einzelschulen sei damit nicht verbunden. Vom bisherigen Verfahren, abzuwarten, ob die notwendige Anzahl an Anmeldungen bis zum März 2004 zustande käme, wolle sie weg.

„Wir müssen dem Schülerrückgang Rechnung tragen“, so die Stadträtin. Dabei setzt sie auf ein neues Mittel: „Fusion“ heißt das Zauberwort, wofür sie auf den Schulkonferenzen intensiv wirbt und dabei nicht selten Gegenwind der Betroffenen spürt.

Eltern und Schüler, aber auch einige Parteigenossen von Frau Keil meinen, dass man Fusion nur vor dem Hintergrund einer mittelfristigen Schulnetzungsplanung machen

könne. Diskussionen löste die Handlungsweise der Stadträtin auch in der PDS-Fraktion der BVV aus. Der PDS-Fraktionsvorsitzende Michael van der Meer führt an, dass die geplante Fusion von gleich drei Gymnasien nicht zweckmäßig sei. „Wir haben allenfalls eine Überkapazität von vier Zügen und ab 2009 brauchen wir alle Schulen wieder, denn dann steigen die Schülerzahlen im Oberstufenbereich auf über 2.700 an.“ Er präferiert daher eine enge Kooperation der Schulen untereinander.

Zur Zeit erarbeitet die Abteilung von Christine Keil den Schulentwicklungsplan, der die rechtliche Grundlage für eine optimierte Struktur des Schulnetzes bilden wird. Diese Planung soll im April nächsten Jahres von der BVV verabschiedet werden. Bis dahin werden Stadträtin, der Fraktionsvorsitzende, die Fachleute aus der Verwaltung und die Verordneten noch viel über den richtigen Weg zu diskutieren haben.

Auf die Schüler als sehr sachliche Diskussionspartner will Christine Keil in dieser Auseinandersetzung auf keinen Fall verzichten. „Mir



Ossietzky-Gymnasium

macht es Mut, dass sie die Zukunft ihrer Schule nicht nur den Eltern und Lehrern überlassen wollen.“

Sandra Brunner

extraDrei im Gespräch mit Stadtrat Martin Federlein (CDU)

Eine Fahrt mit Folgen

Mehr als 10.000 Hektar ist der Bezirk Pankow groß und reicht vom Bucher Forst im Norden bis fast zum Alexanderplatz im Süden – Luftlinie 15 Kilometer. Verantwortung für eine quasi Großstadt mit annähernd 350.000 Einwohnern zu tragen, heißt, ständig unterwegs zu sein.

Martin Federlein (CDU), Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, hatte, bevor wir uns zum Gespräch trafen, einige Baustellen im Bezirk besucht. „Ich mache solche Fahrten mehrmals wöchentlich, bevor ich an meinen Schreibtisch gehe“, sagt der Stadtrat. „Ich kann schlecht vom Schreibtisch aus entscheiden. Deswegen will ich wissen, wie ein Problem konkret aussieht. Außerdem komme ich dadurch mit den betroffenen Bürgern besser ins Gespräch.“

Auf die Frage, wo er heute morgen gewesen sei, antwortet der Stadtrat: Stadtteilzentrum Neumannstraße, ALDI-Markt an der Esplanade und beim Straßenneubau im Malchower Weg. In der Vergangenheit gab es bei diesen Bauvorhaben einige Konflikte, so z.B. beim ALDI-Markt mit Teilen der Anwohnerschaft wegen des erhöhten Verkehrsaufkommens. Andere Bewohner hingegen wünschten sich dringend diesen Markt, weil die Versorgungslage im Tiroler Viertel unbefriedigend ist. „Beide Interessenlagen, so gegensätzlich sie sind, unter einen Hut zu bringen, ist schwer, aber nicht unmöglich.“ Und so sucht Martin Federlein gegenwärtig nach einem vernünftigen Kompromiss. Der Stadtrat gesteht, dass ihm die Arbeit mit dem Bürger sehr viel Spaß macht und die Bürger ein regelrechtes Elixier für seine Tätigkeit sind. Insofern sieht er sich selbst eher als Vermittler zwischen Bürger und Verwaltung und weniger als Wahlbeamter.

An der Baustelle des Stadtteilzentrums Neumannstraße musste er bei seiner Kontrollfahrt allerdings ziemlich deutlich werden. Kurz vor der Eröffnung herrscht dort erheblicher Baustellenverkehr. Rücksichts-

lose LKW-Fahrer stellen ihre Schwerlastfahrzeuge einfach auf den grünen Mittelstreifen unmittelbar vor dem Stadtteilzentrum ab und ahnen nicht, dass sie damit die im Erdreich befindlichen Leitungen zerstören können. „Einige Fahrer habe ich angesprochen. Die sind auch weggefahren. Aber kaum bist du fort, stellen sich andere wieder dorthin.“

Im Straßenraum kulminieren viele Interessen und verdichten sich nicht selten zu Konflikten, stellt Martin Federlein fest. Autofahrer, Radfahrer, Fußgänger, alte und junge Menschen, alle benutzen die Straße und haben unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse. Das, was der Bezirk zur Entschärfung von dauerhaften Konflikten beitragen kann, reicht dem Stadtrat aber nicht aus. Die Sicherheit auf den Straßen ist nicht unwesentlich abhängig von ihrem baulichen Zustand. Die Mittel für die Unterhaltung des Straßenlandes sind in den letzten Jahren auf rund ein Drittel des Bedarfes geschrumpft. Damit lassen sich Gefahrenstellen nur noch notdürftig beheben oder mit Warnschildern kenntlich machen. Von substanzerhaltender Sanierung, wie es eigentlich sein müsste, kann keine Rede mehr sein. Der Stadtrat schätzt ein, dass die Situation für die Bezirke durch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Abgeordnetenhaus um den Haushalt 2004/2005 noch komplizierter wird. „Wir haben gar keinen Haushalt und uns stehen damit auch keine Mittel zur Verfügung. Das gab es noch nie.“

Zufriedener ist er hingegen mit der Entwicklung in den sieben Sanierungsgebieten im Bezirk. Überall hat sich seit der förmlichen Festsetzung der Gebiete Anfang und Mitte der neunziger Jahre enorm viel bei der Sanierung der Wohnhäuser getan. Besonderes Augenmerk legt der Stadtrat auf die Durchsetzung der sozialen Sanierungsziele. Neuerdings dringt seine Abteilung auf Einzelverträge mit Grundstückseigentümern, die sanieren wollen.



Der Bezirk setzt darin längerfristig geltende Mietobergrenzen und eine bezirkliche Belegungsbindung für bestimmte Wohnungen fest. Martin Federlein ist der Ansicht, dass durch diese Einzelverträge die sozialen Ziele der Sanierung mit den Eigentümern einvernehmlich durchgesetzt werden können, ohne dass durch lange Rechtsstreitigkeiten die Position des Bezirks geschwächt wird.

Auf der anderen Seite würde man mit solchen Maßnahmen die angestammten Mieter zumindest für eine gewisse Zeit vor deutlichen Mietpreissteigerungen schützen und somit deren Wegzug aufhalten können. Weniger zufrieden ist er jedoch mit dem Stand der Umsetzungen der öffentlichen Investitionen in den Sanierungsgebieten.

Trotz aller Anstrengungen hinke der dringend benötigte Neubau von Gemeinbedarfseinrichtungen gegenüber der Modernisierung des Wohnungsbestandes deutlich hinterher.

Auf meine Frage, ob er eine Zufriedenheit mit seiner Arbeit verspüre, sagt Federlein: „Eigentlich war es schon immer mein Traum, die planenden Ämter zu leiten. Auch die Zusammenarbeit mit den anderen Kollegen im Bezirksamt und der BVV ist kollegial und pragmatisch. Mit der Lösung der Konflikte im Bereich öffentliches Straßenland kann ich jedoch nicht zufrieden sein.“

Andreas Bossmann

Stadtentwicklung

Verbrauchermärkte

Seit einiger Zeit liegen der Bezirksverordnetenversammlung monatlich bis zu vier Bauanträgen zur Errichtung von Verbrauchermärkten zur Diskussion vor. In so kurzer Zeit wurden noch nie so viele dieser Märkte in unserem Bezirk

geplant. Eine Tendenz, die wir für bedenklich halten, da die Bauherren ihr Baurecht auch voll ausnutzen. Aber verhindern können wir sie leider nicht. So entstehen zum Beispiel im und um das Tiroler Viertel herum vier neue Märkte.

Diese Hallen mit ca. 700 Quadratmetern Verkaufsfläche fügen sich nur schlecht in das Stadtbild ein. Unsere Bemühungen gehen nun dahin, gemeinsam mit dem Bauamt eine annehmbare Fassadengestaltung zu erreichen und die Versiegelung der Grundstücksflächen mit PKW-Parkplätzen so gering wie möglich zu halten.

Darüber hinaus setzt sich die PDS in der BVV für eine umfassende Bürgerbeteiligung bei größeren Bauvorhaben und eine bessere Ausnutzung der innerstädtischen Stadtstrukturen ein. Damit soll u.a. eine Bebauung des grünen Außenbereiches verhindert werden.

Einen wichtiger Schwerpunkt bildet auch die Entwicklung der Ortskerne im Norden des Bezirkes. Er-

folgreicher geht es jetzt im Ortsteil Buch voran. Mit der Inbetriebnahme des ersten Abschnittes des Einkaufszentrums am Bahnhof und dem Beginn des Ausbaus des Heliosklinikums sind wesentliche Schritte zur Belebung des Ortsteils vollzogen worden. In Blankenfelde kümmern wir uns um die weitere Entwicklung des Naherholungsraumes Arkenberge. In Rosenthal und Wilhelmsruh geht es uns um die Verbesserung des Zustandes der Hauptstraßen und um eine anwohnerfreundliche Anbindung des ABB-Geländes an den Wilhelmsruher Damm bei gleichzeitiger Verhinderung der Nordtangente. In Blankenburg wägen wir ab, ob der Bau eines Golfplatzes sinnvoll ist und in Heinersdorf diskutieren wir die Umfahrung des Ortskernes.

Wir wollen mit unserer Arbeit auf jeden Fall strukturelle Defizite ausgleichen und ungesunde städtebauliche Entwicklungen verhindern.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter



Stadtteilzentrum Neumannstraße

1993 entstand auf einer Brachfläche ein Provisorium für Einzelhandel in der Neumannstraße in Pankow-Süd. Es wurde wegen fehlender Alternativen im Kiez gut angenommen. Seit 1995 wurden wegen der Unterversorgung die Planungen zur dauerhaften Sicherung des Einzelhandels am Standort über einen Bebauungsplan vorgebracht.

Im Juni 1999 fand sich für dieses Vorhaben ein Investor, der ein Stadtteilzentrum errichten wollte. Seit der Vorstellung des Projekts durch die TREU-Wert GmbH im August 1999 hat sich die 1998 gegründete Kiezinitiative Pankow-Süd immer wieder mit Ideen und Vorschlägen für künftige Angebote eingebracht und wiederholt Gespräche mit dem Investor geführt. Der Wunsch nach Einrichtung einer Post- und Sparkassenfiliale wurde durch eigene Aktionen

unterstützt. Nach ersten Absagen wird nun aber eine Filiale der Sparkasse Bestandteil des Zentrums sein. Dadurch verkürzen sich Wege für die Bewohner im Kiez. Eigentlich sollte das Zentrum schon Ende 2001 eröffnet werden. Der Baufortschritt wurde immer wieder aufgehalten. Problematisch waren die mehrfachen Verzögerungen beim Baubeginn und im Ablauf.

Anfang 2002 wollte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Erweiterung der Einkaufsfläche nicht genehmigen. Auch in dieser Sache ist die Kiezinitiative tätig geworden und hat sich mit Forderungen nach einer schnellen Genehmigung für das Projekt an die Verwaltung gewandt. Schwierigkeiten mit dem Baugrund – 300 Pfähle mussten gesetzt werden – und Finanzierungsprobleme führten immer wie-

der zu Verzögerungen bis hin zum Baustopp. Nun endlich zum Weihnachtsgeschäft 2003 ist das Stadtteilzentrum eröffnet und die Einrichtung ist zur Zufriedenheit der Kiezbevölkerung dauerhaft gesichert.

Delia Hinz

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Ein Jahrzehnt Stadterneuerung

Blick zurück – Blick nach vorn

„Was ist das für ein Gefühl, wenn man einen bedeutenden Preis erhält?“ Mein Gesprächspartner Theo Winters lächelt etwas verlegen.

Soziale Stadterneuerung ist seit über einem Jahrzehnt der Schwerpunkt der Stadtentwicklung im Prenzlauer Berg. Ausdruck dessen sind die fünf Sanierungsgebiete, zwei Quartiersmanagementgebiete und mehrere Erhaltungsrechtsgebiete. In diesen Bereichen des Städtebaurechts ist die Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung S.T.E.R.N. als Sanierungsbeauftragter und Moderator der Sanierungsbetroffenen und als Stütze der Bezirkspolitik tätig.

Theo Winters, Fachbereichsleiter Gebietsbetreuung bei S.T.E.R.N., ist zuständig für den Stadtteil Prenzlauer Berg. Zusammen mit seinen zwanzig Mitarbeitern kümmert er sich um die zielgerichtete Planung und zügige Durchführung der Sanierung. Seitdem die ersten Sanierungsgebiete 1993 festgesetzt wurden, sagt Winters, wurden etwa fünfzig Prozent des Wohnungsbestandes modernisiert. Aus ehemals heruntergekommenen Gründerzeitvierteln wurden durch privates Kapital und öffentliche Förderung fachgerecht erneuerte Quartiere mit modernem, manchmal luxuriösem Wohnkomfort. Ein äußerst dynamischer Prozess, der nicht konfliktfrei und nicht ohne Wegzug der alten Mieter ablief. Doch sind die Gründe für den Wegzug differenziert. Modernisierung bedeutet nicht automatisch Verdrängung. Theo Winters verweist darauf, dass die Unzufriedenheit der Mieter mit kleinen, unsanierten Wohnungen ebenso zum Wegzug führen kann wie das gestiegene Mietniveau nach erfolgter Modernisierung. Deswegen setzt sich S.T.E.R.N. dafür ein, die Bewohnerschaft am Sanierungsprozess zu beteiligen, soziale Härten zu vermeiden und gleichzeitig die Gebäudemodernisierung nicht zu behindern. Nicht ganz so rasant verlief bisher die Sanierung von Gemeinbedarfs-

einrichtungen wie Schulen, Kitas oder Spielplätzen. Bisher wurden in den fünf Sanierungsgebieten nur etwa 25 bis 30 Prozent der Infrastrukturplanung erfüllt. Das liegt zum einen an der langwierigen Planung öffentlicher Investitionsvorhaben und zum anderen an der Haushaltsnotlage von Berlin. Durch geschicktes Management ist es S.T.E.R.N. jedoch gelungen, bei einer Reihe von Vorhaben zusätzliche finanzielle Ressourcen ausördertöpfen des Bundes und der EU zu erschliessen, so z.B. bei der ökologischen Sanierung der Kindertagesstätte Am Friedrichshain 18 A.

Theo Winters vertritt die Ansicht, dass die Schulen in den Wohngebieten nicht nur isolierte Lehranstalten sein dürfen, sondern Orte des gesellschaftlichen Lebens. Gern zitiert er in diesem Zusammenhang den Satz eines nordrhein-westfälischen Politikers: „Die Schule muss der schönste Platz im Ort sein.“ Deswegen unterstützt S.T.E.R.N. nachhaltig die Aktivitäten von Schülern, Lehrern und Eltern aus ihren Schulen eben dieses zu machen. Hierzu nennt er die Sanierung des Gebäudes und die Umgestaltung des Innenhofes der 11. Grundschule in der Gleimstraße. Mit der Kita „Gleimstrolche“ in unmittelbarer Nähe, einem angrenzenden Spielplatz und dem Jugendhaus in der Sonnenburger Straße 69 hat sich hier ein regelrechter Kiez für Kinder und Jugendliche entwickelt.

Konfliktreicher hingegen entwickelt sich der Standort des Spielplatzes Am Prenzlauer Berg 5. Anwohner beschwerten sich massiv über die Skateranlage und Lärmbelästigungen. „Wenn irgendwo Leute in dieser Stadt ein Problem mit spielenden Kindern haben, rufen sie gleich nach dem Staat und fordern Lärmverbote, anstatt mit den Kindern zu reden“, ärgert sich Theo Winters, wohlwissend dass es noch eine Reihe ähnlicher Konflikte im Prenzlauer Berg zu bewältigen gibt. Trotzdem hält er das offensive Ein-



treten für die Interessen von Kindern und Jugendlichen für unverzichtbar.

Für dieses Engagement haben die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der Bezirk Pankow und S.T.E.R.N. in diesem Jahr den Deutschen Städtebaupreis in der Kategorie „Kinder und Stadt“ erhalten. Dabei galt es, sich gegen 40 mitbewerbende Kommunen durchzusetzen und Strategien für die Bewältigung der Konflikte von Kindern in hochverdichteten Innenstädten zu leisten. Viele Heranwachsende finden in diesen Gebieten zu wenig öffentliche Spiel- und Bewegungsflächen. S.T.E.R.N. hat mit seinen Partnern dieses Defizit im Prenzlauer Berg teilweise ausgleichen können. Theo Winters sieht diesen Preis deswegen als Bestätigung der geleisteten Arbeit. „Es macht Mut und Lust auf Weitermachen.“

Andreas Bossmann



Parteileben

PDS Drei startklar für 2004

Die Hauptversammlung der PDS Berlin Drei, die am 15. November stattfand, war gut vorbereitet. Genosse Klaus Lederer berichtete über die bisherige Arbeit der Genossen in unserem Bezirk. Eingehend auf das Programm, das auf dem Parteitag am 25./26. Oktober in Chemnitz beschlossen wurde, rief er die Delegierten und Gäste auf, sich künftig noch aktiver für die Durchsetzung der im Programm festgelegten Ziele zu engagieren. Mehr als bisher ist das persönliche Gespräch zu suchen, um Bürger zur Mitarbeit zu

gewinnen. Auch sollten Kontakte zu öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Bildungs- und Kulturstätten nicht unterschätzt werden.

Die danach erfolgte Diskussion war sehr sachlich und fokussierte sich auf die Auseinandersetzung mit den so genannten Reformen der Bundesregierung. Mit der Agenda 2010 schnürt die Bundesregierung ein Demokratie- und Sozialabbaupaket nicht nur für unsere, sondern auch für die kommende Generation. Diesem Sozialabbau setzen wir die Agenda Sozial der PDS als Alternative entgegen.

Viele Redner berichteten aus ihrer Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung, in anderen öffentlichen Gremien und in der Beratung älterer Menschen. Sie konnten auf beachtliche Erfolge verweisen. Sie hielten sich aber auch nicht zurück, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, mit denen sie zu kämpfen haben. Ursächlich dafür ist immer der

Mangel an Geld. In der Diskussion wurde auch auf die Bedeutung der Wahl für das Europäische Parlament hingewiesen und der Notwendigkeit der Mitwirkung von PDS-Abgeordneten in diesem Gremium, um auch linke Interessen zur Sprache zu bringen. Bereits im Dezember diesen Jahres werden die Vorbereitungen beginnen, denn bis April 2004 – dem Beginn der heißen Phase der Wahlvorbereitung müssen die Positionen der PDS vorliegen.

Insgesamt war die Hauptversammlung der PDS Berlin Drei erfolgreich. Die Delegierten gaben ihre Zustimmung zu den vorliegenden „Schwerpunkten der politischen Arbeit des Bezirksverbandes der PDS Berlin Drei im Jahr 2004“

Der Wille zur Mitarbeit ist vorhanden, damit unsere Partei wieder in den Bundestag einzieht.

Sigismund Schillhabel
BO 2-4 Weißensee



■ Weichenstellung

Der neu gewählte Landesparteitag wird bis zum Ende des Jahres 2005 die Grundentscheidungen in der PDS Berlin fällen und wichtige Diskussionen zu Strategie und konkretem politischen Handeln führen müssen. Wir haben in dieser Zeit mehrere Probleme weiter zu bearbeiten: Weichenstellungen für einen erfolgreichen Wiedereinzug in den Bundestag, erkennbar eigenständiges politisches Agieren in der Berliner Koalition, Parteireform, Gewinnung neuer Mitglieder und Sympathisanten. Für uns ist all dies existenznotwendig. Ein erster Schritt dahin ist die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde bei der Europawahl. Die PDS kann nur durch die Neugewinnung von politischer Kraft – nicht nur auf den Ebenen der Amts- und Mandatsträger, sondern in der Gesamtpartei – eine größere Anziehungskraft erreichen.

Klaus Lederer
Mitglied des Abgeordnetenhauses

■ Basis miteinbeziehen

Im Juni 2004 werden die Bürger ein neues Europaparlament wählen. Natürlich haben sich die Mitglieder des Landesrates der PDS auf einer ihrer nächsten Beratungen damit zu befassen. In der Satzung der PDS Berlin heißt es zu den grundsätzlichen Aufgaben des Landesrates: „Er nimmt zur Tätigkeit des Landesvorstandes Stellung, kontrolliert sie, unterstützt diese durch Vorschläge und kann seinen Einspruch geltend machen.“ Da das Ergebnis der Europawahlen im Juni 2004 eine notwendige Voraussetzung für die Existenz der PDS sein kann, ist die Vorbereitung der Wahlen besonders verantwortungsbewusst zu organisieren. Hierbei hat der Landesrat die Aufgabe, die Erfahrungen und Meinungen aus den Gliederungen der Bezirke dem Landesvorstand zu übermitteln und damit dessen Beschlüsse zu unterstützen.

Karin Busacker
Mitglied des Landesrates

■ Mehr Transparenz

Meine Erwartung ist die Wahl eines starken Landesvorstandes, der unseren Landesverband mit einer aussagefähigen Strategie in das bedeutendste politische Projekt des kommenden Jahres – in die Europawahl – führt. Eine der wichtigsten Aufgaben für den Landesvorstand sehe ich deswegen auch in der Verbesserung der Kommunikation in der PDS und mit der Öffentlichkeit. Dringend notwendig ist die überzeugende Vermittlung der Entscheidungen, die unter den Bedingungen der Haushaltsnotlage entstanden sind. Unsere Erfolge, Niederlagen und Kompromisse müssen mit den Betroffenen in einem fairen Verfahren geklärt werden. Dafür müssen wir uns Zeit nehmen und die Entscheidungsprozesse müssen für alle transparent gestaltet werden. Als Bezirksverordnete werde ich mich in die gemeinsame Arbeit einbringen.

Katrin Maillefert
Bezirksverordnete

PDS zu den Europawahlen

Alle Fünfe

Am 13. Juni 2004 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Für die PDS ist dies von existenzieller Bedeutung. Es entscheidet sich, ob die Chancen für den Wiedereinzug der Sozialisten in den Bundestag 2006 gewahrt werden können. Mit dem Scheitern der PDS bei der Bundestagswahl und den internen Streitigkeiten danach hat sich die PDS von der bundespolitischen Ebene verabschiedet. Ihr Verliererimage konnte sie bisher nicht abschütteln. Die Regierungsbeteiligung hat der Berliner PDS einen Ansehensverlust beschert. Dies alles stellt die PDS 2004 vor enorme Herausforderungen. Trotzdem: Die Chancen für ein bundespolitisches Comeback der PDS und das Knacken der Fünf-Prozent-Hürde sind gut. Im Unterschied zu den Wahlen 2002 geht es nicht um die Wahl von Regierungskonstellationen. Die guten Ergebnisse der PDS bei der Brandenburger Kommunalwahl und die über 100.000 Demonstranten gegen den Sozialabbau der Bundesregierung im No-

vember machen Mut. Die PDS stellt 2004 die Forderung nach einem sozialen, friedlichen und demokratischen Europa in den Mittelpunkt. Denn das Europa-Zeugnis der rot-grünen Bundesregierung ist zwiespältig: Sie hat sich nicht am Irakkrieg beteiligt. Damit hat die Bundesrepublik in der Welt an Ansehen gewonnen. Die rot-grüne Bundesregierung wirkte maßgeblich für eine europäische Verfassung. Das ist hervorzuheben. Zur Bilanz gehört aber auch: Die Bundesregierung hat sich nicht dauerhaft den imperialen Machtbestrebungen der USA widersetzt. Der Entwurf der europäischen Verfassung sieht Aufrüstung und Militarisierung der EU vor.

In Deutschland betreiben Bundesregierung und die sogenannte Opposition mit der Agenda 2010 sowie in der Gesundheits- und Rentenpolitik einen beispiellosen Sozialabbau. Bei den Europa-Wahlen gilt es deshalb zu zeigen, dass die PDS eine soziale Alternative zum bundespolitischen Einheitsbrei ist.

Als pro-europäische Partei sagt die PDS Ja zur Europäischen Integration und zur Erweiterung der EU. Ein soziales und demokratisches Europa muss seine Verfassung selbst in einer Volksabstimmung verabschieden. Und die PDS ist eine europäische Friedenspartei. Wir kritisieren die in der EU-Verfassung festgeschriebene Militarisierung der EU-Außenpolitik, wir sagen Nein zur Aufrüstung und Eingreiftruppen.

Die PDS muss bei den Europa-Wahlen zeigen, dass sie ihre selbstverschuldete Krise überwunden hat. Die Fünf-Prozent-Hürde, die wir knacken wollen, sind ein Bekenntnis zur Fortexistenz der demokratischen Sozialisten. Nicht aber aus parteipolitischem Egoismus, sondern weil die Hoffnung auf eine gesellschaftspolitische Alternative erhalten bleiben muss. Für ein demokratisches, friedliches und soziales Europa.

Alternativen sind machbar. Fünf Prozent auch.

Sandra Brunner



PDS nach Europa!

Brüssel ist weit weg und in der EU-Zentrale wird ohnehin nur die Krümmung von Bananen normiert. Solche Klischees halten sich hartnäckig. Tatsache aber ist, dass Europa viel stärker in das Leben jedes Einzelnen eingreift. Schon heute sind sechzig Prozent der kommunalen und achtzig Prozent der nationalen Rahmengesetzgebung von EU-Vorgaben beeinflusst.

Dabei folgt die herrschende Politik in Europa dem altbekannten neoliberalen Muster: Nicht die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit – über 14 Millionen Menschen sind in der EU offiziell ohne Arbeit – steht im Mittelpunkt der Gemeinschaftspolitik, sondern Sozialabbau und Deregulierung. Der „EU-Beschäftigungsgipfel“ im März pries die freie Vereinbarung von Löhnen und

die Privatisierung von Renten- und Sozialsystemen abermals als Rezept zur Wirtschaftssanierung. Das von der EU voran getriebene internationale Dienstleistungsabkommen GATS soll von Bildung über Energie- und Wasserversorgung bis hin zum öffentlichen Nahverkehr nahezu alle Bereiche „liberalisieren“.

Ein sozial gerechtes Europa zu schaffen, ist erklärtes Ziel der PDS. Unsere Europaabgeordneten können auf die wirklich wichtigen Themen hinweisen, Fragen aufwerfen, Unterstützung geben. Gerade zum aktuellen Thema GATS hat die PDS-Gruppe im Europaparlament mit ihrer Forderungen an die Europäische Kommission, die Verhandlungen sofort zu stoppen und neue, transparente Gespräche zu beginnen, die soziale und ökologische Fragen

in den Mittelpunkt stellen, deutlich Stellung bezogen. Gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen wie Attac informieren unsere Abgeordneten über Konsequenzen für Kommunen und Bürger, beteiligen sich an Protestaktionen und mobilisieren Lokalpolitiker.

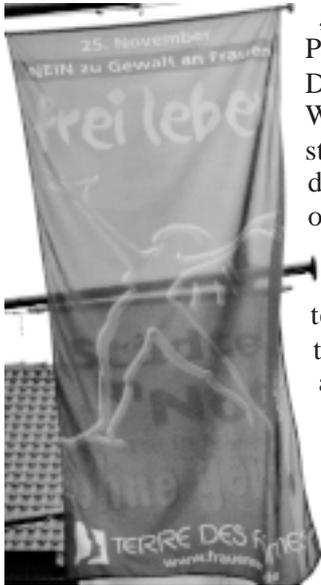
Die PDS wird gebraucht in Europa – weil sie dem neoliberalen Mainstream etwas entgegensetzt und Alternativen dazu aufzeichnet. Das muss auch das Signal des Europaparteitages der PDS im Januar sein. Sozialistische Politik ist in Europa heute wichtiger denn je! Mit unserem Wahlkampf wollen wir dies an Infoständen, auf Veranstaltungen und im persönlichen Gespräch mit Nachbarn und Freunden zeigen.

Gernot Klemm
PDS-Bezirksvorsitzender



Zeichen setzen

Anti-Gewalt-Tag



„Was hängt am Rathaus Pankow für eine Fahne?“ Diese Frage ist mir zu Wochenbeginn öfter gestellt worden. So wie an den drei Rathausstandorten in Pankow hatten auch andere Bezirksämter anlässlich des internationalen Aktionstages „NEIN zu Gewalt an Frauen“ am 25. November die blaue Fahne mit der Aufschrift „Frei leben ohne Gewalt“ gehisst.

Die Gleichstellungsbeauftragte und Pankower Frauenprojekte haben unter dem Motto „Hab' Dich nicht so ...!“ eine Reihe von Veranstaltungen organisiert, u.a. die Fotoausstellung

„Frauen in Männerberufen“ von Petra Falk in der Rathausgalerie. Im Rathausfoyer informiert eine Ausstellung über Ursachen, Ausmaß und Folgen häusliche Gewalt.

Es fanden eine Reihe von Veranstaltungen statt, so zum Beispiel eine Gesprächsrunde mit Rechtsanwältin Bettina Geißel zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes, das seit Januar 2002 in Kraft ist. Der Ausschuss für Gleichstellung und Migration beschäftigte sich in seiner Sitzung am 27. November ebenfalls mit diesem Thema. Diskutiert wurden die Vorstellungen des Bezirksamtes zur Erarbeitung eines bezirklichen Aktionsplanes gegen Häusliche Gewalt. Die Mitglieder des Fachausschusses verständigten sich vor allem auf die Zielsetzung des Aktionsplanes.

Neben der Entwicklung und Verbesserung der Kooperation zwischen Institutionen und Einrichtungen, die im Bezirk mit häuslicher Gewalt befasst sind, geht es um die Information und Sensibilisierung der Pankower Öffentlichkeit, um die Fortbildung der MitarbeiterInnen in Interventionsbereichen und die Verbesserung der Angebote zur Konfliktbewältigung für betroffene Frauen und deren Kinder.

Eine Fachgruppe, in der neben Mitarbeitern verschiedener Abteilungen des Bezirksamtes auch die Polizeidirektion 1 und Pankower Frauenprojekte vertreten sind, hat ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, der BVV am 31. März 2004 den Aktionsplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

Tina Pfaff
Bezirksverordnete

Selbstbewusster Osten?

In der Wende sozialisiert und von der Erfahrung zweier Gesellschaftssysteme geprägt soll sie ansteckend selbstbewusst sein, die „Generation '89“, besonders im Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Und deutlich unterscheiden soll sie sich von der gleichaltrigen „Generation Golf“ im Westen und den älteren Ostdeut-

schen. So die Thesen, die das sozialdemokratische Forum Ostdeutschland und die Friedrich-Ebert-Stiftung am 29. Oktober im Stadtbad Oderberger Straße zur Diskussion stellten. Die Chance, endlich „meine Generation“ und Gemeinsamkeiten mit jungen AutorInnen wie Jana Hensel („Zonenkinder“), Jakob Hein („Mein erstes T-Shirt“) und Jana Simon („Denn wir sind anders“) zu entdecken?

Während Herr Stolpe nett über die Notwendigkeit des Forums Ost und seinen dicken Pulli plauschte, gab Herr Thierse immerhin zu bedenken, dass die Neugier auf die eigene Vergangenheit in Filmen und Ost-Shows auch ein Stück „real existierende Traum- und Trostlandschaft des Westens“ sei. Dennoch: Die Erfahrung dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen mache den Osten zur unfreiwilligen Avantgarde. Woher aber das gestiegene Selbstbewusstsein? Der Sänger Steffen Mensching vermutete sarkastisch, es wäre eigentlich nur durch Proportionalität zur Arbeits-

losigkeit oder ein im Westen gesunkenes Selbstbewusstsein erklärbar, oder dadurch, dass der selbstbewusste Osten so oft zitiert wird, bis man daran zu glauben beginnt – Opium für's Ostvolk.

Dass auch der Generationsbegriff letztlich nichts taugt, zeigte sich schließlich im Podium: Die Gemeinsamkeiten von Enie van de Meiklokjes (MTV-Moderatorin), Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Katrin Molkentin (Stellvertretende Vorsitzende SPD Brandenburg) und anderen „Jung- '89ern“ erschöpften sich in Erinnerungen an DDR-Spielzeug. Zu sehr hätten sich die Lebensentwürfe nach der Wende ausdifferenziert, als dass man von einer homogenen Gruppe sprechen könne. Und wer, wie offenbar die Anwesenden, flexibel genug war, sich nach 1989 auszuprobieren, hat das entsprechende Selbstbewusstsein – wie es auch der Generation Golf nicht fehlt.

Kati Große
Prenzlauer Berg



Alltag im Bezirk

■ Ehrenamt

Den „Ehrenpreis für Ehrenamtliche“ verlieh erneut die Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks. Die Festveranstaltung fand am Vorabend des „Internationalen Tags des Ehrenamts“ am 4. Dezember statt. Die von einer Jury aus den verschiedensten Gesellschaftsbereichen ausgewählten fünf Preisträger wurden in einem feierlichen Rahmen geehrt.

■ Wirtschaftsfaktor Kultur

Bezirksstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) sowie das Wirtschaftsforum des Bezirks luden am 25. November zum 5. Wirtschaftstag ein. Dazu erklärt die für Kultur und Wirtschaft zuständige Stadträtin Nehring-Venus: Mit der Studie „Kultur als Wirtschaftsfaktor Berlin“ der IHK hat im vergangenen Jahr ein Diskurs begonnen, der die Stärken Berlins und die daraus entstehenden politischen Aufgaben thematisiert. Unser Bezirk ist durch eine starke, vielfältige Kultur geprägt. Hunderte Künstlerinnen und Künstler leben und arbeiten hier. In Pankow, vor allem in Prenzlauer Berg, haben sich Firmen der Filmwirtschaft, Design- und Medienbüros angesiedelt. Mit der Kunsthochschule in Weißensee gibt es eine renommierte Ausbildungseinrichtung. Kultur wird zunehmend durch die Brille der Financer nur noch als Kostenlast gesehen. Setzt sich dieses Denken in seiner Einseitigkeit mehr und mehr in der Öffentlichkeit durch, wird unser Leben trostlos.

■ Altenhilfe

Unter dem Titel „Autonomie und Teilhabe – Anspruch und Realität“ fand am 19. November die erste Altenhilfekonferenz des Bezirks Pankow statt. Grundlage war ein Arbeitspapier des Bezirksamts Pankow, wonach im Ergebnis des Bundesmodellprojekts „Netzwerk im Alter“ eine effizientere Arbeit im Geriatrie- und Altenhilfebereich

angestrebt wird. Ziel ist die Sicherung der Qualität durch Verbundlösung und die Senkung der Kosten. Beteiligt an dem Netzwerk sind verschiedene Initiativen, Vereine, Krankenhäuser und Firmen, etwa die St.-Elisabeth-Stiftung, Lebenswert e.V., die Park-Klinik Weißensee, Arztpraxen und Dienste für Hauskrankenpflege.

■ Alle Jahre wieder...

kommt der Nikolaus. Er bringt für die artigen Kinder Naschereien und zeigt, dass keiner vergessen wird. Alle Jahre wieder denkt auch die Volkssolidarität an all ihre Mitglieder, die durch hohes Alter und Krankheit verhindert sind, aktiv am Gruppenleben teilzunehmen. Mit kleinen Präsenten sind wir bemüht, unser Motto „Miteinander – Füreinander“ lebendig zu halten. Es ist wichtigstes Anliegen unseres Verbandes, Solidarität zu üben. Demgegenüber sind die Vertretungen aus dem Sozialamt nicht in der Lage, die jährlichen Weihnachtspräsente wegen finanzieller Engpässe an bedürftige Personen zu überreichen. Alle Jahre wieder wird versucht, die ältere Generation stärker auszugrenzen, die sozialen Leistungen einzuengen und weiteren Sozialabbau zu betreiben. Alle Jahre wieder werden wir uns dagegen wehren, wie am 13. Oktober bei der Demo der Rentner.

Christa Härtel
Volkssolidarität

■ Familienfreundlich

Einen Wettbewerb „Familienfreundlicher Betrieb Pankow“ wird das Bezirksamts auf Initiative des Frauenbeirats Pankow zu Beginn des Jahres 2004 ausloben. Es werden Betriebe gesucht, die ihre Mitarbeiter/innen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Die Schirmherrschaft für den Wettbewerb, der alle zwei Jahre stattfinden soll, hat die Stadträtin für Kultur und Wirtschaft, Almuth Nehring-Venus (PDS) übernom-

men. Das Preisgeld beträgt 1.000 Euro. Die Jury hat sich Anfang Dezember konstituiert. Neben der Schirmherrin und der Pankower Gleichstellungsbeauftragten, Heike Gerstenberger, gehören der Jury der BVV-Vorsteher, eine Vertreterin des Frauenbeirates, ein Vertreter des Einzelhandels und des Unternehmerkreises sowie der IHK und der Maria Heimsuchung an.

■ Projektwoche bei Kollwitz

Schüler der neunten Klasse des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums erkundeten in Arbeitsgruppen die Pankower Bezirksverwaltung. Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Rathauses Pankow hat das Schülerprojekt des Prenzlauer Berg-Museums den Beteiligten einen lebenspraktischen und subjektiven Zugang zur Verwaltung und Politik ermöglicht. Die Ergebnisse präsentierten die Gymnasiasten am Ende ihrer Projektwoche Ende November. In Zeitung und Fotos sowie in Video- und Toncollagen wurde der Alltag in den Ämtern aufgezeichnet.



Showtime

Straße der Besten

Millionen von Fernsehzuschauern haben den besten Deutschen gewählt. Gesucht wurde ein seriöser

Superstar – fernab von Bohlen, Küblböck und Naddel oder anderen TV-Quotenbringern. In der Finalrunde standen deshalb samt und sonders verblichene große Deutsche zur Auswahl – darunter auch tatsächlich eine Frau, nämlich Sophie Scholl.

Die Kunst, die Wissenschaft, die Politik waren repräsentativ vertreten und siehe da auch Karl Marx hatte es unter die letzten Zehn geschafft. Und nicht nur das: Das Fernsehvolk wählte Karl auf Platz Drei hinter Konrad Adenauer und Martin Luther.

Schön quotiert diese Erstplatzierten: Ein Konservativer, ein Reformator, ein Revolutionär.

Oder anders: ein Westdeutscher, ein Mitteldeutscher und ein Exildeutscher.

Oder noch anders: Ein Katholik, ein Protestant, ein Gottloser. Ganz Deutschland kann sich in diesen Dreien wiederfinden, auch die ewig

kittelnden Osis, die immer noch nicht im realexistierenden Kapitalismus in den Farben der Bundesrepublik ankommen wollen.

Dank unserem Genossen Rechtsanwalt, der gewohnt eloquent als Pate auftrat und das ganze Lebenswerk von Karl Marx somit bis in die letzte bayrische Fernsehstube gelangte.

Und was hat das nun für Auswirkungen auf die politische Stabilität unseres lieben Vaterlandes, wenn ein Umstürzler ganz weit vorne landet? Ist das etwa der Weg in eine andere Republik? Mitnichten. Denn auf Platz Eins landete der Garant der Freiheit, der den Sozialismus stets befeuerte. Und das mit weitem Vorsprung. Das haben wir dem Westen zu verdanken. Beim nächsten Mal, Genossen, müssen wir alle Marx wählen, auch bei den nächsten realexistierenden Wahlen.

Einer
von den Marx-Brothers



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|--|---|--|
| 12. Dezember
15 Uhr Weihnachtsfeier der PDS im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 11. Januar
ab 9 Uhr Ehrung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde | 28. Januar
17.30 Uhr 20. BVV im BVV-Saal, Fröbelstraße 17 |
| 15. Dezember
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 12. Januar
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 29. Januar
18 Uhr Basistag zum Thema „Lokaler Aktionsplan – Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, im Laden im Dritten Kopenhagener Straße 76 |
| 17. Dezember
18.30 Uhr Wahlkreisaktiv OV Vineta im Freizeitclub, Elsa-Brändström-Straße 6 | 19. Januar
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 31. Januar und 1. Februar
Europaparteitag der PDS: Wahl der PDS-Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament und Beschluß des Europawahlprogramms der PDS, im Berliner ICC |
| 18. Dezember
18 Uhr Basistag zum Thema Wahlen zum Europäischen Parlament mit Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdEP), im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 26. Januar bis 8. Februar
Antifaschistische Aktionswoche im Bezirk Pankow | 2. Februar
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 7. Januar
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24 | 27. Januar
18 Uhr Lichterkette für ein tolerantes und gewaltfreies Miteinander vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus Pankow, Berliner Straße (Nähe Bahnhof Pankow) | 16. Februar
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 8. Januar
18.30 Uhr AG Schule bei der BVV-Fraktion der PDS, im Fraktionszimmer, Fröbelstraße 17 | | |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 3. Dezember 2003
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders/der Spenderin.

Die Redaktion von extraDrei wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und viel Glück im neuen Jahr!